

sozial MINISTERIUM

Presseunterlage

EU-SILC: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung sinkt weiter

ÖSTERREICH DEUTLICH UNTER EU-DURCHSCHNITT – SOZIALMINISTER STÖGER UND FRAUENMINISTERIN RENDI-WAGNER: „HABEN FORTSCHRITTE GEMACHT. ES GIBT ABER NOCH VIEL ZU TUN“

Die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich ist auch im vergangenen Jahr weiter gesunken und liegt mit 18 Prozent deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (23,7%). Das belegt die aktuelle EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), die heute von Frauenministerin Pamela Rendi-Wagner, Sozialminister Alois Stöger und Statistik-Austria-Generaldirektor Konrad Pesendorfer präsentiert wurde. Insgesamt sind rund 1,5 Millionen Menschen von sozialen Benachteiligungen aufgrund niedriger Erwerbsbeteiligung, geringer Haushaltseinkommen oder erheblicher Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen betroffen.

„Wir haben Fortschritte gemacht, aber das ist noch nicht genug. Es gibt noch viel zu tun“,

sehen Rendi-Wagner und Stöger die europaweite Erhebung als weiteren Arbeitsauftrag für die Bundesregierung. Insbesondere die Risikogruppen Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte sollen mit konkreten Maßnahmen unterstützt werden.

Zu den größten Risikofaktoren für Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung zählt die Langzeitarbeitslosigkeit. Rund 80 Prozent der von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen sind auch sozial benachteiligt.

„Arbeit ist der ausschlaggebende Faktor für ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben. Mit der Aktion 20.000 schaffen wir daher zusätzliche Jobs für Langzeitarbeitslose über 50 Jahren und setzen damit ein wichtiges Zeichen gegen Altersarmut in Österreich“,

drängt Stöger auf die rasche Umsetzung der neuen Arbeitsmarktinitiative der Bundesregierung. Bereits ab 1. Juli sollen die ersten Jobs in den Modellregionen in allen Bundesländern zur Verfügung stehen. Flächendeckend wird die Aktion 20.000 ab dem 1.1.2018 umgesetzt.

Frauen häufiger von Armutsgefährdung betroffen als Männer

Frauen sind überdurchschnittlich oft von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Sie stellen rund 42 Prozent aller von Armut- und Ausgrenzung Betroffenen (Männer: 35%, Kinder: 23%). Alleinerzieherinnen haben ein besonders hohes Armuts- und Ausgrenzungsrisiko, insbesondere wenn sie nicht erwerbstätig sind (67%). Mit Erwerbstätigkeit ist das Armutsrisiko zwar deutlich reduziert, aber mit 21 Prozent immer noch sehr hoch.

Stöger: Ausbildung schützt vor Armutsgefährdung

Die Studie macht auch deutlich, dass soziale Benachteiligung oftmals auch die Folge geringer beruflicher Qualifizierung und fehlender Ausbildung ist. Das Risiko von Ausgrenzungs- und Armutsgefährdung betroffen zu sein ist für Personen, die maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen, rund doppelt so hoch (28%) wie für AkademikerInnen (13%).

„Wer gut qualifiziert ist, verdient mehr, wird seltener arbeitslos und hat es im gesamten Erwerbsleben einfacher. Deshalb haben wir mit der Qualifizierungsoffensive 30.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Insbesondere mit der Ausbildungspflicht bis 18 und der Ausbildungsgarantie bis 25 stellen wir sicher, dass Jugendliche gut vorbereitet in ihr Berufsleben starten“,

so Stöger.

Rendi-Wagner: Vereinbarkeitsmaßnahmen wesentlich zum Schutz von Frauen vor Armut

Die aktuelle EU-Statistik zeigt einen Zusammenhang zwischen Alter und Anzahl der Kinder in einem Haushalt und der Erwerbstätigkeit, sowie dem Ausmaß der Erwerbstätigkeit. Je mehr Kinder, desto geringer die Erwerbsquote von Frauen und desto höher die Armutsgefährdung.

„Um Frauen- und Kinderarmut zu verhindern, müssen wir Frauenerwerbstätigkeit unterstützen. Dafür brauchen wir gut ausgebaute, qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen. Das ist gerade für Alleinerzieherinnen wichtig“,

so Frauenministerin Rendi-Wagner.

„Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren bereits 305 Millionen Euro in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen investiert. Dort müssen wir mit einem 3-Stufen-Plan für echte Vereinbarkeit anknüpfen: das bedeutet die Umsetzung des zweiten Gratis-Kindergartenjahrs, verstärkter Ausbau ganztägiger Kinderbetreuung – gerade bei den unter-3-Jährigen – und langfristig einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr für alle“,

so Rendi-Wagner abschließend.

Risikofaktoren im Überblick

Statistik-Austria-Generaldirektor Konrad Pesendorfer erklärt:

„Alle Faktoren, die die Verdienstchancen im Haushalt verringern, gehen mit erhöhter sozialer Benachteiligung einher. Gerade für bestimmte Familientypen sind oft durch Betreuungsaufgaben Erwerbsmöglichkeiten eingeschränkt – so hatten Alleinerziehende mit 38 Prozent ein sehr hohes Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko, aber auch Familien mit drei oder mehr Kindern tragen mit 31 Prozent ein überdurchschnittlich hohes Risiko. Neben bestimmten Haushaltskonstellationen ist die Staatsbürgerschaft – und damit verbunden die Sprachkenntnis – oft ein Faktor, der über Bildungschancen und die Verankerung im Erwerbsprozess gesellschaftliche Teilhabechancen bestimmt: Hier sehen wir mit 51 Prozent für Personen, die keine österreichische oder EU-Staatsbürgerschaft haben, ein sehr hohes Risiko sozialer Ausgrenzung.“

EU-SILC: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung sinkt weiter

RÜCKFRAGEHINWEIS

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Andreas Berger

Pressesprecher von Sozialminister Alois Stöger

+ 43 (0) 1 711 00-86 2247

[*andreas.berger@sozialministerium.at*](mailto:andreas.berger@sozialministerium.at)

[*www.sozialministerium.at*](http://www.sozialministerium.at)

[*www.facebook.com/sozialministerium*](https://www.facebook.com/sozialministerium)

Bundesministerium für Gesundheit und Frauen

Mag.a Meike Kolck-Thudt

Pressesprecherin

Radetzkystraße 2, 1030 Wien

+43/1/71100-64 4505

[*meike-barbara.kolck-thudt@bmgf.gv.at*](mailto:meike-barbara.kolck-thudt@bmgf.gv.at)

[*www.bmgf.gv.at*](http://www.bmgf.gv.at)

Bundesanstalt Statistik Österreich

Mag. Beatrix Tomaschek

Medien- und Informationspolitik

Tel.: +43 (1) 711 28-7777

[*presse@statistik.gv.at*](mailto:presse@statistik.gv.at)

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT, SOZIALES
UND KONSUMENTENSCHUTZ**

Stubenring 1, 1010 Wien

Tel.: +43 1 711 00-0

[**sozialministerium.at**](http://sozialministerium.at)